

energie +

Das Debattenmagazin der UNITI

MITTELSTAND

2—2017
2,50 EUR

Eiskalt verrechnet

Was die Energiewende
wirklich kostet

Wo steht Deutschland?

Energieexperten
ziehen ihre Bilanz

Anreiz oder Zwang?

BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL

HAT DAZU EINE KLARE MEINUNG



UNITI

— seit 1927 —

90 JAHRE

Denk ich an den künft'gen Energiepreis in der Nacht ...



Udo Weber,
Vorstandsvorsitzender von
UNITI Bundesverband
mittelständischer Mineralöl-
unternehmen e.V.

**IHRE
MEINUNG
IST UNS
WICHTIG!**

SCHREIBEN SIE UNS

Ob Kritik, Anregung oder
Themenidee – wir haben ein
offenes Ohr für Sie. E-Mail an
dialog@uniti.de



Erfahren Sie mehr über UNITI.

Um das Internetvideo auf Ihrem Handy oder Tablet anschauen zu können, benötigen Sie eine QR-Reader-Applikation. Scannen Sie das oben stehende Symbol mit Ihrer Handycamera und es öffnet sich automatisch der Multimedia-Inhalt.

... dann stell ich fest ganz sacht: Was der Staat da wohl so macht!? Nun ja, eigentlich wird die freche Abwandlung der Verse Heinrich Heines aus seinen „Nachtgedanken“ der ernstesten Angelegenheit steigender Energiepreise nicht gerecht. Aber deren Ursachen, die Aufwendungen für eine eilig vorangetriebene Energiewende, sind durchaus einer näheren Betrachtung wert – zumal offenkundig ist, dass der Verzicht auf alle fossilen Energieträger bis 2050 eben mehr als eine Kugel Eis im Monat kosten wird, wie einst Jürgen Trittin behauptete. Und dennoch: Die Regierung will die ehrgeizigen Umweltziele von Paris in nicht einmal 33 Jahren erfolgreich gemeistert haben und ist darob eifrig dabei, an der Kostenschraube zu drehen, kaum Rücksicht nehmend auf die mittelständisch geprägte Wirtschaft in Deutschland und die Menschen unseres Landes, die weiterhin auf bezahlbare Energie angewiesen sind.

Von den Nachtgedanken also zum Nachdenken – über Deutschland und die Kosten der Energiewende. Viele Zahlen schweben und schwirren da durch den Raum, eine höher (und damit unglaublicher) als die andere. Zum Beispiel die: 520.000.000.000. Können Sie sich 520 Milliarden Euro vorstellen? Und das sind nach den Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln nur

die Kosten bis 2025. Umgerechnet bedeutet das mehr als 69 Milliarden Euro – jedes Jahr. Was könnte man mit diesem Geld alles anfangen! Zum Beispiel Entwicklungsländer beim Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung unterstützen. Denn seien wir ehrlich: Deutschland, das für lediglich rund zwei Prozent des weltweiten Ausstoßes von Kohlenstoffdioxid verantwortlich ist, kann allein das Weltklima nicht retten.

Ich finde: Ein globaler, marktwirtschaftlicher Ansatz ist in jedem Fall besser als eine Klimaplanwirtschaft zu exorbitanten Kosten, die bis 2050 Wirtschaft, Verkehr und Gesellschaft komplett auf „all electric“ umstellen will.

Aber weg von den abstrakten, alles andere als elektrisierenden Gedanken- und Zahlenspielen. Besser veranschaulichen kann man die Kosten, wenn man betrachtet, was die Energiewende für den Einzelnen bedeutet, nämlich mehr als 6.000 Euro in den nächsten sieben Jahren. Da Kinder und Greise aber nichts erwirtschaften können, tragen die Last die Beschäftigten: und dann sind es schon mehr als 11.000 Euro für jeden, umgerechnet rund 120 Euro pro Monat. Jetzt sind die Kosten der Energiewende schon greifbar, aber begreifbar? Wie viele Kugeln Eis könnte man davon kaufen? Was für Nachtgedanken! ■



6

Schwerpunkt
Eiskalt
verrechnet

Die Energiewende sollte Familien im Monat eine Kugel Eis kosten. Doch sie verschlingt Milliarden. Und ein Ende ist nicht in Sicht ...



14

Wo steht Deutschland?
Experten aus Politik und Forschung bewerten die Kosten für den Umbau des Energiesystems.



20

Anreiz oder Zwang?
Kanzlerin Angela Merkel spricht in einem Interview über Markt-anreize und Ordnungsrecht. Reaktionen.

5 .	Hingeguckt	<i>Kleinvieh macht auch Mist</i>
6 .	<u>Schwerpunkt</u>	<i>Kosten der Energiewende</i>
9 .	<u>Schwerpunkt</u>	<i>Interview mit Prof. Andreas Pfnür</i>
11 .	Klartext	<i>Die Energie-Kolumne</i>
12 .	Interview	<i>Energieökonom Prof. Manuel Frondel</i>
14 .	Debatte	<i>Drei Fragen an ...</i>
18 .	Zur Sache	<i>Neue Strategie für den Wärmemarkt</i>
20 .	Zur Sache	<i>Anreiz vs. Zwang</i>
22 .	Kompakt	<i>Ein Grüner fährt auf Diesel ab</i>
24 .	Weitblick	<i>Klimapolitik in Thüringen</i>
26 .	60 Sekunden über ...	<i>die nächste Kostenlawine</i>

Das 10.000-Häuser-Programm in Bayern

Die dicksten Brocken kommen noch
„Sozial nicht mehr kompatibel“

Henning Krumrey über die politische Partnerwahl
„Die Ergebnisse sind miserabel“
Energieexperten ziehen Bilanz
Wie Berlin Öl-Brennwert bremsen will
Die Bundeskanzlerin bekennt sich
Neues aus der Welt der Energie
Ein Gesetzentwurf – zwei Meinungen
So teuer sind Leinen für Lastwagen

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V., Jägerstraße 6, 10117 Berlin, Elmar Kühn (V. i. S. d. P.) **CHEF VOM DIENST** Dr. Robert Borsch **CHEFREDAKTEUR** Florian Flicke **REDAKTIONSLEITUNG** Björn Larsen **REDAKTION** Frank Burger, Henning Krumrey, Florian Sievers **ART DIREKTION** Periodical.de **BILDREDAKTION** Karin Aneser **VERLAG UND REDAKTION** planet c GmbH, ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt, Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211/54227-700, Fax 0211/54227-722, www.planetc.co **VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRUNG** Andrea Wasmuth (Vorsitzende), Thorsten Giersch, Holger Löwe **PROJEKTLEITUNG** Jana Teimann **ANZEIGENLEITUNG** Dr. Robert Borsch, Tel. 030/755414-416 **DRUCK** Strube Druck & Medien OHG, 34587 Felsberg **LITHO** TiMe GmbH **ADRESSÄNDERUNGEN** Dr. Robert Borsch, Tel. 030/755414-416, Fax 030/755414-366 **ISSN 2195-4445** Der Inhalt der Beiträge gibt nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Änderungen behalten wir uns vor.



Die ganz große Lösung, bitte. Bloß keine Kinkerlitzchen. Es geht schließlich um die Energiewende. Und dieses schwerfällige Mammut lässt sich wohl kaum mit Peanuts ins Ziel locken. Oder doch? „Kleinvieh macht auch Mist“, wettete Erwin Huber, der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag, im April. Soeben hatte das Wirtschaftsministerium im Süden den Startschuss für das nächste 10.000-Häuser-Programm abgefeuert. Hauseigentümer, die ihren alten Kessel gegen moderne Brennwerttechnik austauschen wollen, konnten sich dabei um 500 Euro Förderung bewerben. Für eine Kombination mit Erneuerbaren gab's sogar das Dreifache. Falscher Weg, sagten die Grünen. Richtiger Weg, die Verbraucher. Der Topf war in Windeseile leer. Statt Nichtstun wird nun Energie gespart. —



DIE WAHRSCHEINLICH TEUERSTE KUGEL DER WELT

Die Energiewende verschlingt Milliarden.
Eine Erfolgsgeschichte ist sie dabei nicht. Von der Politik bestellt,
zahlen Verbraucher und mittelständische Unternehmen die Zeche.
Doch die dicksten Brocken stehen allen noch bevor.

TEXT Florian Sievers

Der Minister gab sich höchst zuversichtlich. „Es bleibt dabei, dass die Förderung erneuerbarer Energien einen durchschnittlichen Haushalt nur rund 1 Euro im Monat kostet – so viel wie eine Kugel Eis.“ So verkündete es der damalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin wortwörtlich in der Pressemitteilung Nummer 231/04 vom 30. Juli 2004 – einen Tag bevor ein weiterentwickeltes Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Kraft trat. **Und die Kugel Eis sollte auch schon der Höhepunkt bei der Kostenentwicklung der EEG-Umlage sein, mit der Verbraucher jährlich die Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen finanzieren.** „Die neuen, stärker differenzierten Vergütungssätze sinken im Laufe der Jahre, was für Kosteneffizienz der Erneuerbaren sorgt“, versprach das Umweltministerium damals.

Die Realität heute sieht anders aus: Seit ihrer Einführung im Jahr 2000 ist die EEG-Umlage fast ausnahmslos jedes Jahr gestiegen. Im laufenden Jahr kletterte der Satz, der zu Trittins Eiskugel-Versprechen bei 0,54 Cent je Kilowattstunde rangierte, auf den Rekordwert von 6,88 Cent je Kilowattstunde. Die Zeche zahlen die Verbraucher. So muss ein Durchschnittshaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden schon jetzt für die EEG-Umlage jeden Monat rund 24 Euro auf

den Tisch legen. Eine ziemlich teure Kugel Eis. Und das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht: Energieexperten des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln (IW Köln) rechnen damit, dass die EEG-Umlage bis 2025 sogar auf rund neun Cent je Kilowattstunde zulegen wird.

Ende der Fahnenstange
noch nicht erreicht

Eiskalt verrechnet

Die EEG-Umlage ist ein zentraler Baustein der Energiewende, mit der die Bundesregierung den Ausstoß an Treibhausgasen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent im Vergleich mit 1990 senken will. Die Um-

Das gesamte Projekt
ist außer Kontrolle

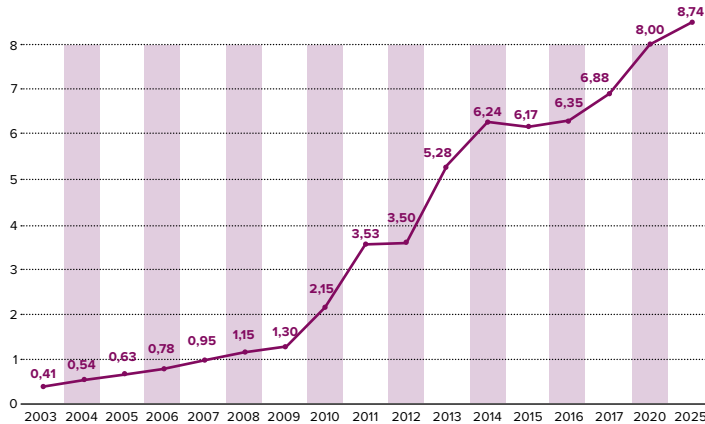
→

„Es bleibt dabei, dass die Förderung erneuerbarer Energien einen Haushalt nur rund 1 Euro im Monat kostet – so viel wie eine Kugel Eis.“

Jürgen Trittin,
am 30. Juli 2004 in seiner damaligen Funktion
als Bundesumweltminister

PREISTREIBER EEG-UMLAGE

Euro-Cent pro Kilowattstunde für
Haushaltsstromkunden



Quelle: Statista, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

„Eine Energiewende, die primär dem Klimaschutz dienen soll, kann nicht sinnvoll im Alleingang einer einzelnen Volkswirtschaft betrieben werden.“

Sachverständigenrat zur Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung,
Jahresgutachten 2016/17

Schwächen
einer Planwirtschaft

lage ist dabei bislang der mit Abstand größte Kostenfaktor. Und sie ist ebenso außer Kontrolle wie die Kosten für das gesamte Projekt. Denn der Staat, der die Energiewende bestellt hat, hat sich bei seinem politisch motivierten Ansinnen eiskalt verrechnet. Zu Recht nennt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 15. Oktober 2016 das gesamte Unterfangen ein „ökologisch motiviertes Umverteilungsprojekt, durchgeführt im Stile einer Zentralverwaltungswirtschaft“. Und Wirtschaftlichkeit und Effizienz waren ja noch nie die Stärken einer Planwirtschaft.

Unterm Strich ein dickes Minus

Eines steht schon jetzt fest: Die Energiewende wird teuer – und immer teurer. Zu den direkten Kosten für die EEG-Umlage gesellen sich zahlreiche indirekte Kostenfaktoren. Dazu gehört etwa der Aus- und Umbau der Energieinfrastruktur, um beispielsweise Strom von den Windparks im Norden zu den Industriestandorten im Süden und im Westen des Landes zu leiten. Oder auch Netzeingriffe zum An- und Abschalten der Stromversorgung. Sie werden immer häufiger notwendig, um die Netze stabil zu halten trotz der zunehmenden, aber schwankenden Stromproduktion aus Sonne, die mal scheint und mal nicht, oder Wind, der mal weht und mal nicht.

Zwar spart Deutschland dank der Energiewende auch Geld – etwa dadurch, dass die Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen weniger stark Menschen und Umwelt belastet. Aber unterm Strich steht trotzdem ein dickes Minus. So hat das Institut für Wettbewerbsökonomie der Universität Düsseldorf (DICE) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ausgerechnet, dass die Energiewende seit 2000 schon rund 150 Milliarden Euro verschlungen hat. In den kommenden Jahren soll sie mit weiteren 370 Milliarden Euro zu Buche schlagen. Macht insgesamt mehr als eine halbe Billion Euro. Zum Vergleich: In diesem Jahr betrug der Bundeshaushalt rund 329 Milliarden Euro. Die Energiewende „ist und bleibt außer Kontrolle“, sagt Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: „Das Chaos zahlt am Ende der Verbraucher.“

Aber nicht nur private Haushalte müssen in die Tasche greifen – die hohen Ausgaben belasten auch die deutsche Industrie. „Beim Anteil der Steuern und Abgaben am Strompreis für Industriekunden ist Deutschland europäischer Spitzenreiter“, mahnt Thilo Schaefer, Leiter des Kompetenzfelds Umwelt, Energie, Infrastruktur beim arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft in Köln. So machen Steuern und Umlagen hierzulande mehr als 40 Prozent des Industriestrompreises aus.

Zwar zahlen energieintensive Unternehmen eine reduzierte EEG-Umlage. Aber diese Ausnahmeregelungen konnten im vergangenen Jahr gerade mal rund 2.100 Firmen nutzen. Für viele ist „ein Ni-

veau erreicht, das für sie langfristig nicht tragbar ist“, klagt Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK).

Regierung lobt unverdrossen

Die horrenden Kosten ließen sich vielleicht noch diskutieren – stünden ihnen nicht auch noch ausbleibende Erfolge gegenüber. **So wird Deutschland schon sein nächstes Klimaziel, den Treibhausgasausstoß bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken, verpassen.** Unterm Strich sind die CO₂-Emissionen heute auf demselben Stand wie 2009 – trotz der enormen Summen, die seitdem in die Energiewende gepumpt worden sind. In ihrem aktuellen Energiewende-Index stuften die Unternehmensberater von McKinsey denn auch das Erreichen von mehr als der Hälfte der Ziele bei dem Riesenprojekt als „unrealistisch“ ein – darunter, dass Strompreise für Privatkunden und die Industrie nicht weiter steigen und die Transportnetze rechtzeitig weiter ausgebaut werden.

Die Bundesregierung lobt die Energiewende dennoch unverdrossen als „bezahlbar und planbar“. Zum Beispiel in der im Januar erschienenen Broschüre „Die Energiewende: unsere Erfolgsgeschichte“. Dort steht unter anderem: „Ein Mammut-Projekt, das in sorgfältig geplanten Schritten erfolgt, damit es bezahlbar bleibt und Verbraucher und Wirtschaft nicht zu sehr belastet.“

Das sieht der Bundesrechnungshof anders. **Als die externe Finanzkontrolle den Bund kürzlich nach den exakten Kosten der Energiewende fragte, musste das federführende Bundeswirtschaftsministerium passen. Man könne, so die Antwort, „auf die komplexe Frage, was die Energiewende den Staat koste, keine eindeutige Antwort geben.“** Die Berechnung sei schlicht zu kompliziert.

In einem geharnischten blauen Brief rügte der Bundesrechnungshof daraufhin: „Der Bund muss sich an zentraler Stelle einen umfassenden Überblick über die finanziellen Auswirkungen der Energiewende verschaffen.“ Schließlich könne eine Entscheidung über Ausbau und Grenzen der Energiewende nur getroffen werden, wenn der Staat wisse, wie viel die Energiewende den Staat und den Verbraucher von Energie koste. „Aus Sicht des Bundesrechnungshofes gehört die



INTERVIEW

Professor

Dr. Andreas Pfnür,
Leiter des Fachgebiets
Immobilienwirtschaft und
Baubetriebswirtschafts-
lehre der TU Darmstadt

„SOZIAL NICHT MEHR KOMPATIBEL“

? Herr Professor Pfnür, die Energiewende ist bisher vor allem eine Stromwende. Was wird die Wärmewende in Gebäuden kosten? —

Die Mehrkosten betragen nach unseren Berechnungen circa eine Billion Euro. Und das sind nur die zusätzlich durch verschärfte energetische Mindestanforderungen entstehenden Investitionen. Gleichzeitig müssen die Immobilieneigentümer circa dieselbe Summe noch einmal für die Instandhaltung und die herkömmliche Sanierung von Gebäuden aufbringen. Dieses Geld steht für Investitionen und Konsum in anderen Bereichen des Lebens nicht mehr zur Verfügung. Dadurch könnten sich gerade einkommensschwächere Haushalte ihren Urlaub oder ihr neues Auto nicht mehr leisten. Das dürfte gravierende Folgen für die deutsche Volkswirtschaft insgesamt haben.

? Was tut die Politik? — Der Knackpunkt für Politik und Verwaltung ist gegenwärtig die Finanzierbarkeit höchster energetischer Standards für den weniger vermögenden Teil der Bevölkerung. Unseren Berechnungen zufolge steigen die monatlichen Kosten für ein durchschnittliches Einfamilienhaus um 140 bis 260 Euro und für eine durchschnittliche Wohnung in einem Mehrfamilienhaus um 100 bis 140 Euro pro Monat. Aber während damit für die besser verdienenden Haushalte der Anteil der Wohnkosten am frei verfügbaren Einkommen lediglich um zwei bis fünf Prozent ansteigen wird, nimmt das verfügbare Einkommen bei einkommensschwächeren Haushalten um acht bis 14 Prozent ab. Damit steigen die Kosten des Wohnens insgesamt auf mehr als 50 Prozent des verfügbaren Einkommens. Das dürfte sozial nicht mehr kompatibel sein. International und auch vom deutschen Mieterbund wird gefordert, dass die Wohnkosten ein Drittel des verfügbaren Einkommens nicht übersteigen.

? Wie ließe sich dieses Problem lösen? — Der Staat müsste für die Sanierungskosten von Wohnungen der einkommensschwächeren Haushalte einspringen. Bereits jetzt betragen die Transferzahlungen im Bereich der Wohnkosten knapp 20 Milliarden Euro. Geht man davon aus, dass gerade diese Haushalte in unsanierten Gebäuden leben, dann dürfte sich dieser Betrag durch das Schaffen von Klimaneutralität in diesem Bestand schnell verdoppeln. Hinzu kommt, dass durch die Steigerung der Wohnkosten zahlreiche weitere Haushalte auf staatliche Unterstützung angewiesen sein dürften, die es bislang noch nicht sind.

Auseinandersetzung mit diesen Fragen zu den wesentlichen Aufgaben eines Gesamtkoordinators.“

In Schiefelage geraten

Das war nicht die einzige schallende Ohrfeige für die Bundesregierung. Kurz zuvor hatte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung den Alleingang Deutschlands scharf kritisiert: „Eine Energiewende, die primär dem Klimaschutz dienen soll, kann nicht sinnvoll im Alleingang einer einzelnen Volkswirtschaft betrieben werden.“ **Der deutsche Ansatz, auf Auflagen und Subventionen zu setzen anstatt auf Marktmechanismen wie etwa einen funktionierenden Emissionshandel, vergeudet volkswirtschaftliche Ressourcen.** Wie zum Beweis dafür meldete vor kurzem Deutschlands letzter großer Solarzellenhersteller, Solarworld, Insolvenz an. Die billigere Konkurrenz aus China ließ sich auch mit den Subventionen aus der Ökostrom-Förderung nicht stoppen.

Die deutsche Energiewende ist also schon jetzt in eine Schiefelage geraten. Dabei haben die Verantwortlichen erst einen kleinen Teil des Projekts in Angriff genommen: die Umstellung der Stromerzeugung. Doch die ist in Deutschland gerade mal für ein Fünftel des Energieverbrauchs verantwortlich. Mehr Bedeutung haben die anderen beiden großen Energiesektoren Wärme und Mobilität. So sollen bei der Wärmewende bessere Isolierungen und effizientere Heizsysteme dafür sorgen, dass Gebäude weniger Energie verbrauchen (siehe Interview auf S. 9).

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte beim Tag der Deutschen Industrie am 20. Juni 2017 in Berlin immerhin: „Gerade was den Gebäudebereich angeht, plädiere ich dafür, dass Bund und Länder noch einmal einen Anlauf unternehmen, um doch noch eine steuerliche Förderung der Gebäudesanierung hinzubekommen.“ Ein großer Teil des Gebäudebestandes sei vor 1980 erbaut worden. 60 Prozent davon seien nicht wärmegeämmt. „Es ist eigentlich eine ‚low hanging fruit‘, wie man sagen könnte“, betonte die Kanzlerin. „Für mehr Gebäudeeffizienz könnten wir noch sehr viel tun.“

Ein paar Schritte weiter in der Zukunft liegt die Verkehrswende, die den Güter- und Personenverkehr auf erneuerbare Energieträger umstellen soll. Weil



↑
Deutscher Irrtum
Trotz teurer Subventionen ließ sich die Solarworld-Pleite nicht stoppen.

die erneuerbaren Energien vor allem in Form von elektrischem Strom zur Verfügung stehen, sollen künftig auch mehr Fahrzeuge damit betrieben werden.

Doch der Absatz von Elektroautos läuft trotz üppiger Subvention äußerst schleppend, und auch hier dürfte die eine oder andere unliebsame Überraschung noch kommen: etwa in Form einer zusätzlichen Steuer auf Strom – als Ersatz für die Mineralölsteuer – oder besonders teurer Strom an Schnellladesäulen. „Strom fürs Auto wird mehr kosten als anders genutzter Strom“, sagt Professor Dr.-Ing. Hans-Peter Rabl, der das Labor Verbrennungsmotoren und Abgasnachbehandlung an der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) Regensburg leitet.

Strom fürs Auto könnte mehr kosten

Die Wende bei den beiden anderen Energiesektoren wird weitere Milliarden oder gar Billionen Euro verschlingen – und ist noch weniger kalkulierbar als die Energiewende bei der Stromversorgung. So möchte die Bundesregierung zwar gern international glänzen mit Deutschlands Vorreiterrolle. Doch für andere Nationen gibt es momentan kaum Gründe, dem selbst ernannten Musterland nachzueifern.

Es gibt keine Gründe, nachzueifern

„Die Vorreiterrolle sollte für Deutschland weniger bedeuten, zu zeigen, wie viel gemacht werden kann“, kritisiert der Energieexperte Thilo Schaefer vom IW Köln, „sondern vielmehr, wie es gelingen kann, die Energiewende effektiv und gleichzeitig effizient zu gestalten.“

AUGEN AUF BEI DER PARTNERWAHL

FÜR DIE KOALITIONSBILDUNG NACH DER BUNDESTAGSWAHL GILT: IN DER POLITIK IST ES WIE BEIM ÖKOSYSTEM – AUF DAS KLIMA KOMMT ES AN.

In der Politik ist es wie beim Strom: Nur wenn die Verbindung stabil ist, gibt's volle Leistung. Entsprechend spannungsgeladen dürfte die Koalitionsbildung nach der Bundestagswahl im Herbst verlaufen.

Aber wer hätte zu wem einen guten Draht? Weil die inneren Widersprüche bei Rot-Rot-Grün einerseits und der Ampel andererseits solche Bündnisse unwahrscheinlich machen, lohnt es, folgende Konstellationen zu betrachten: die Fortsetzung der Großen Koalition, die Duette der Union mit FDP oder Grünen sowie eine Jamaika-Koalition.

Bei etlichen Themen hat es in den vergangenen vier Jahren eine erstaunliche Annäherung gegeben. Unter dem Eindruck der stetig steigenden staatlichen Abgaben durch die Energiewende hatte die amtierende Koalition mit dem Wechsel zum Ausschreibungsverfahren zumindest für die Zukunft eine erste Bremse eingebaut. Allerdings: Die entstandene 24-Milliarden-Bürde schleppen Verbraucher und Wirtschaft weiter mit.

„Nur wenn die Verbindung stabil ist, gibt's volle Leistung.“

SPD und FDP werben schon länger für eine Senkung beziehungsweise Abschaffung der Stromsteuer. Sie liegt seit Jahren bei 2,05 Cent je Kilowattstunde und belastet Bürger wie Unternehmen. Und: Bei ihrer Einführung ging es darum, die Umweltbelastungen im Strompreis auszudrücken. Je grüner aber der Strom wird, desto schwächer wird diese Rechtfertigung. Politisch das Schönste: Für sie ist der Bund zuständig, eine Zustimmung der Länder ist nicht erforderlich. Für die Union sollte zumindest eine

Senkung unproblematisch sein, könnte sie doch relativ einfach ihre Forderung umsetzen, die Strompreise dürften nicht weiter steigen. Schließlich war die Kilowattstunde in der Bundesrepublik noch nie so teuer.

Die Sorge vor dem Bürger verbindet Union, FDP und SPD auch beim Ausbau der Windkraft. Die Rotorspargel finden immer weniger Zustimmung, weshalb die neue schwarz-gelbe Landesregierung in NRW die Abstände zur Wohnbebauung erhöhen will und den Kommunen Mitsprache bei der Planung und Genehmigung zuweisen möchte. Auch die SPD betont häufiger, dass es keinen Wildwuchs geben dürfe, dem der Netzausbau nicht nachkomme.

Komplizierter wird es, wenn die Grünen als Partner gebraucht werden. Eine ihrer Kernforderungen ist der Ausstieg aus der Kohle bis 2030. Das würde nicht nur das Aus für die Braunkohleregionen in der Lausitz bedeuten, sondern auch in NRW, das bereits die Steinkohlenförderung verloren hat. Zudem würden damit auch alle Kohlekraftwerke obsolet, die gerade noch den privaten wie kommunalen Betreibern Geld bringen.

Auch die Forderung nach dem Verbot des Verbrennungsmotors bis 2030 wird sich nur schwer realisieren lassen. Nach wie vor hängen Hunderttausende Arbeitsplätze an Deutschlands internationaler Vorzeigebbranche. Eine Abkehr von Diesel- und Ottomotor würde nicht einmal die SPD mitmachen. Ihr liegt der Industriestandort inzwischen fast wieder so am Herzen wie Union und FDP.

Bei einem Thema allerdings winkt eine ganz große Koalition: Dass die Energiewende nur gelingen kann, wenn neben dem bisherigen Kristalli-

sationspunkt Strom endlich auch der Wärmesektor konsequent angegangen wird, darüber sind sich alle einig. Jedoch: Welcher Weg dorthin der richtige ist, bleibt umstritten.

Die FDP und Teile der Union möchten eine steuerliche Förderung, die bei SPD und Grünen wenig Gegenliebe findet (da würden bestimmt wieder nur die Reichen profitieren). Dabei wäre jedem Häuslebauer schon geholfen, wenn er den Brenner im Keller mit staatlicher Hilfe erneuern könnte. Und jede Wohnungsbaugesellschaft (auch kommunale!) dürfte und müsste nur noch die reduzierten Kosten in eine Modernisierungsumlage für ihre Mieter einkalkulieren. Die Grünen dagegen setzen immer noch vor allem auf staatliche Vorgaben, die bei den Vermietern hängenbleiben sollen. Aber: Hier lassen sich vermutlich leicht Lösungen finden, mit denen alle leben können.

Ob die Kompromisse innerhalb der Energiepolitik zu finden sind oder größere Pakete geschnürt werden, bleibt den Verhandlungen im Herbst vorbehalten. Und dem allzu Menschlichen. In der Politik ist es eben wie beim gesamten Ökosystem: Auf das Klima kommt es an. ■



HENNING KRÜMREY,
Jahrgang 1962, studierte Volkswirtschaft und Politikwissenschaft in Berlin und Köln und absolvierte die Kölner Journalistenschule. Energieexperte Krümrey war unter anderem stellvertretender Chefredakteur der „Wirtschaftswoche“.

„WEDER EFFEKTIV NOCH EFFIZIENT“

INTERVIEW Florian Flicke

Das Nein Donald Trumps zum Pariser Klimaschutzabkommen könnte – so paradox es klingt – den Einstieg in eine bessere Zukunft markieren. Die Staatengemeinschaft müsste in der Klimapolitik jetzt mehr ökonomische Klugheit walten lassen – und sich auf einen einheitlichen CO₂-Preis einigen, fordert der renommierte Energieökonom Professor Dr. Manuel Frondel.



Herr Professor Frondel, US-Präsident Trump hat das Pariser Abkommen aufgekündigt. Ist das Weltklima am Ende?

— Ich kann nur allen Politikern dazu raten, jetzt konstruktiv mit der Situation umzugehen. Ein verbales Draufschlagen auf die USA oder auf potenzielle andere ausscherende Staaten vergiftet das Klima im doppelten Wortsinne – sämtliche Vereinbarungen zum Klimaschutz werden immer nur auf freiwilliger Basis getroffen werden können. Ohne die großen Länder wie China, Indien und auch die USA kann globaler Klimaschutz nicht funktionieren. Daher sollten die Europäer und vor allem Deutschland auf die Trump-Abfuhr reagieren, indem sie jetzt neue Allianzen zum Wohl des Weltklimas schließen. Ich denke da vor allem an China, wo der Leidensdruck aufgrund der lokalen Umweltprobleme besonders groß ist.

? Aber mit Clinton statt Trump wäre das Pariser Abkommen ein Erfolg geworden, oder?

— Nein. Das Hauptproblem des Abkommens ist – neben seiner Unverbindlichkeit und den feh-

lenden Sanktionsmöglichkeiten – der Versuch, über Mengenrestriktionen zum globalen Klimaziel zu kommen. Viele große Ökonomen wie Nobelpreisträger Joseph Stiglitz warnen seit langem davor, dass Mengenrestriktionen für CO₂ den falschen Weg darstellen. Reine Mengenvorgaben setzen falsche Anreize und führen nur dazu, dass auch die großen Industrienationen wie jetzt die USA austreten.

? Welche Alternative schlagen Sie vor?

— Statt weiter mit hohen Subventionen den Ausbau der erneuerbaren Energien als primäre Klimaschutzstrategie zu forcieren, sollte Deutschland im Rahmen der G20-Verhandlungen auf den Abschluss eines internationalen Abkommens zur Etablierung eines einheitlichen CO₂-Preises drängen. Marktwirtschaft funktioniert immer dann gut, wenn Preise ihre Wirkung entfalten können. Weiterer Vorteil: Die teilnehmenden Staaten würden über den CO₂-Preis – etwa implementiert über eine CO₂-Steuer – spürbare Einnahmen erzielen, die sie dann wiederum in die Modernisierung ih-

„DIE ERGEBNISSE DER ENERGIEWENDE SIND AUS ÖKONOMISCHER SICHT MISERABEL.“

rer Volkswirtschaften und mehr Energieeffizienz stecken könnten. Auch Härtefälle – ob bei sozial schwachen Bürgern oder bei Firmen, die sehr viel für ihren Strom und ihre Wärmeversorgung bezahlen müssen – ließen sich so abmildern.

? Es ist doch höchst ungerecht, dass Bürger und Unternehmen in weniger entwickelten Ländern für die ausgestoßene Tonne CO₂ denselben Preis zahlen sollen wie die USA oder Deutschland. Wollen Sie die Länder Afrikas und Asiens dauerhaft im Entwicklungsstatus verharren lassen?

Genau das sollen sie nicht. Und genau deshalb müssen sie dafür belohnt beziehungsweise entschädigt werden, dass sie den global einheitlichen CO₂-Preis auch in ihren Ländern einführen. Diese Staaten müssen das Recht auf Entwicklung haben. Ein besserer Zugang zu Energie bedeutet für diese Staaten immer einen Zuwachs an Wohlfahrt. Also müssten sie finanziell im Rahmen eines weltweiten Klimaschutzplans entschädigt werden, wenn sie entweder freiwillig auf Wachstum verzichten oder anstatt kostengünstiger fossiler Brennstoffe derzeit noch teurere saubere alternative Technologien einsetzen. Eine weltweite Entwicklungshilfe moderner Prägung muss den reinen Klimaschutz damit unterstützen.

? Wer soll den Einheitspreis festlegen?

Das muss im Rahmen von internationalen Verhandlungen geschehen, etwa bei den G20-Treffen. Zum Start empfiehlt sich aus meiner Sicht ein Preis, der eher niedrig als zu hoch ist und sich etwa an den aktuellen Preisen für Emissionszertifikate im EU-Emissionshandel orientieren könnte. Das wären dann rund fünf Euro pro emittierte Tonne CO₂. Zudem sollte vereinbart werden, dass die Staaten mit den Subventionen für bestimmte Ener-

gieträger aufhören, ich denke da vor allem an die arabischen Staaten. Wichtig ist für den Erfolg eines solchen Einheitspreises, dass nicht nur der Strommarkt einbezogen wird, sondern alle Wirtschaftsbereiche, auch der Wärme- und Verkehrssektor.

? Warum können andere Staaten nicht einfach die deutsche Energiewende kopieren?

Ganz einfach: weil sich das niemand leisten kann. Und weil, noch viel gravierender, die deutsche Energiewende eben gerade kein erfolgreiches Exportmodell ist. Wenn selbst die reichen Deutschen straucheln oder gar scheitern – wie wollen es dann ärmere Staaten hinbekommen? Die Ergebnisse der Energiewende sind aus ökonomischer Sicht miserabel – der Umstieg auf die Erneuerbaren ist weder effektiv noch effizient zu nennen. Allein die Subvention der Photovoltaik hat nach den Berechnungen unseres Instituts mehr als 110 Milliarden Euro an Zahlungsverpflichtungen nach sich gezogen – bislang. Und wie viele solvente Modulhersteller gibt es hierzulande heute? Die garantierten Einspeisevergütungen gelten noch über Jahre hinaus und sorgen für soziale Verwerfungen und Umschichtungen von unten nach oben. Zur EEG-Umlage kommen die immensen Kosten für den Netzausbau und weitere Kosten. Damit erscheint Peter Altmeiers berühmte Kostenschätzung von einer Billion Euro Kosten am Ende leider realistisch. Noch ist es nicht zu spät: Dieses Geld könnte viel, viel intelligenter eingesetzt werden – etwa in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Dort, wo über die Zukunft des Weltklimas tatsächlich entschieden wird. Und nicht in Deutschland, das weltweit für kaum mehr als zwei Prozent aller Kohlendioxidemissionen verantwortlich ist.

? Angenommen, Sie wären für einen Tag Angela Merkel oder Barbara Hendricks. Was würden Sie anders machen als die beiden?

Ich würde das Erneuerbare-Energien-Gesetz sofort abschaffen. Nach mehr als 15 Jahren Markteinführung sollten sich die Erneuerbaren ohne massive Hilfe am Markt behaupten müssen. Es muss Schluss sein mit der Förderung einiger weniger Energietechnologien, von denen die Politik glaubt, sie seien der Stein der Weisen. Wir brauchen stattdessen Technologieoffenheit – im Denken und bei der Förderung. Außerhalb der deutschen Grenzen ist das Geld für Klimaschutzmaßnahmen einfach weitaus besser investiert. Mit unserem internationalen Sonderweg, dem hochsubventionierten Einstieg in die Erneuerbaren bei gleichzeitigem Totalausstieg aus der Atomkraft, isolieren wir uns – und tun dem Weltklima insgesamt keinen Gefallen. Auch in der Klimapolitik gilt schließlich: Am deutschen Wesen kann die Welt nicht genesen. ■

Professor Dr.

Manuel Frondel ist außerplanmäßiger Professor für Energieökonomik und angewandte Ökonometrie der Ruhr-Universität Bochum und seit Oktober 2003 Leiter des Kompetenzbereichs „Umwelt und Ressourcen“ am RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen.

Zuvor war der heute 52-Jährige wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomik und Umweltmanagement des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, und Vertretungsprofessor an der Fachhochschule Heilbronn.

KASSENSTURZ!

Experten aus Politik und Forschung beurteilen in *energie + Mittelstand* die Kosten für den Umbau des deutschen Energiesystems.

INTERVIEWS Florian Flicke und Björn Larsen

ILLUSTRATIONEN Julian Rentzsch

Wie bewerten Sie die Kosten der Energiewende, besonders mit Blick auf die EEG-Umlage?

Wie werden sich die Kosten entwickeln?

Unterstützen Sie eine Umverteilung der EEG-Umlage auf fossile Kraft- und Brennstoffpreise?

Bernd Westphal

Sprecher für Wirtschaft und Energie der SPD-Bundestagsfraktion



1 Die Energiewende wird in der Öffentlichkeit vor allem in Bezug auf ihre Kosten diskutiert. Natürlich kostet die Energiewende Geld. Die Frage ist jedoch, wie viel es uns kostet, wenn wir nichts tun. Es handelt sich zudem vor allem um historische Kosten. Aufgrund der 20-jährigen Vergütung für erzeugten Strom aus den Erneuerbare-Energien-Anlagen tragen wir momentan einen Kostenrucksack mit uns herum. Die erneuerbaren Technologien haben sich enorm weiterentwickelt. Die Skaleneffekte zeigen die positive Entwicklung einer leistungsfähigeren und günstiger werdenden Technologie. Die aktuellen Ausschreibungsergebnisse zeigen Resultate, die vor wenigen Jahren niemand für möglich gehalten hat. Nachdem wir die Technologien so weit entwickelt haben, dass sie kostengünstig an den Markt gehen können, müssen wir die Erneuerbaren nun sinnvoll integrieren.

2 Hierzu gibt es unterschiedliche Prognosen. Die Entwicklung der EEG-Umlage hängt eng mit dem Börsenstrompreis zusammen. Je höher der Börsenstrompreis, desto niedriger die EEG-Umlage. Es ist deshalb wichtig, dass die bestehenden Überkapazitäten am Markt abgebaut werden. Im Moment können nämlich weder die Erneuerbaren noch die Konventionel-

len die benötigten Deckungsbeiträge erwirtschaften. Mit dem Rausfallen der ersten Anlagengeneration aus der Förderung werden wir ein Absinken der EEG-Umlage beobachten können. Allerdings ist auch klar, dass wir im Bereich der Übertragungs- und Verteilnetze in Zukunft einen hohen Ausbaubedarf haben werden. Hier gilt es deshalb kritisch zu überprüfen, welche Netze notwendig sind und wo wir uns eventuellen Netzausbau-Alternativen öffnen müssen.

3 Die SPD hat sich hierzu noch nicht festgelegt. Ich bin jedoch der Meinung, dass die derzeitige Abgaben-, Umlagen- und Steuersystematik den Einsatz erneuerbarer Energieträger nicht gerade fördert. Mit Blick auf die Sektorenkopplung werden wir uns in der nächsten Legislaturperiode damit beschäftigen müssen, wie wir die Finanzierung der Energiewende neu gestalten wollen. Ich bin mir dabei sicher, dass es nicht nur um eine Vollelektrifizierung des Wärme- und Verkehrssektors gehen kann. Auch in Zukunft werden wir Gas und flüssige Kraftstoffe brauchen – nur nachhaltig und erneuerbar produziert in Form von grünem Gas oder synthetischen Kraftstoffen. Die Energiewende kann hier auf bestehende mittelständische (Infra-)Strukturen aufbauen. ■

1 Die Kostenentwicklung der Energiewende ist ein Grund zur Sorge. Wir dürfen den Bogen nicht überspannen. Im Sinne der Wirtschaftlichkeit unserer Energieversorgung war es ein richtiger Schritt, die Ausschreibungen für erneuerbare Energien einzuführen. Bei allen Technologien gehen die Fördersätze deutlich nach unten. Es braucht jedoch weitere Schritte für eine Kostenstabilisierung. So müssen die erneuerbaren Energien zu mehr Markt- und Systemverantwortung verpflichtet werden.

2 Mit der Energiewende bauen wir unsere Energieversorgung Schritt für Schritt um. Daher sind auch massive Investitionen notwendig. Die Kosten werden also auch zukünftig steigen. Das gilt insbesondere für die EEG-Umlage und die Netzentgelte.

Wir müssen daher die Energiewende in allen Bereichen effizient voranbringen. Überförderungen und Ineffizienzen können wir uns nicht leisten. Umlagen und Subventionen müssen dringend schrittweise abgebaut werden. Nur so bleibt die Energiewende wirtschaftlich.

3 Von dieser Idee halte ich nicht viel. Wir brauchen keine Umverteilung, sondern mehr ökonomische Effizienz im Energiesystem. Schon heute zahlt der Autofahrer rund 60 Prozent staatliche Abgaben beim Tanken. Wenn wir weiter draufsatteln, werden die Kosten für die Bürger und unsere Wirtschaft nicht mehr tragfähig. Man darf nicht vergessen, dass die Wirtschaft, und damit viele Arbeitsplätze, mit Abstand der größte Verbraucher von Wärme und Kraftstoff ist. ■



Thomas Bareiß

Energiebeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Hermann Otto Solms

Bundesschatzmeister der FDP und zuständig für das Thema Energie

1 Die EEG-Umlage begann 1998 mit 0,08 Cent je Kilowattstunde und Jürgen Trittin sagte, das kostet eine Familie nicht mehr als eine Kugel Eis. Aktuell liegt sie bei 6,88 Cent und Fachleute rechnen mit einem weiteren Anstieg auf bis zu zehn Cent in den nächsten Jahren. Die Umlage wächst sich immer mehr zu einem gefährlichen Standortnachteil für Deutschland aus. Sie ist eine Subventionsmaschine ohne jeden Anreiz, die die Verbraucher schon heute rund 24 Milliarden Euro pro Jahr kostet. Daher will die FDP die EEG-Umlage abschaffen. Zumal sie für den Klimaschutz nichts gebracht hat und auch die CO₂-Belastung nicht gesunken ist.

2 Nach neuesten Untersuchungen werden die Kosten bis 2020 weiter steigen. Es sei denn, es kommt zu neuen politischen Entscheidungen nach der Bundestagswahl. Die FDP jedenfalls wird die Abschaffung des EEG verbunden mit der Umlage für die Zukunft fordern und auch die regenerativen Stromanbieter durch Wettbewerb zu mehr Kosteneffizienz bewegen.

3 Definitiv nicht. Es geht nicht darum, die Kosten anders zu verteilen, sondern darum, die Kosten zu senken. Und das geht

„Anbieter müssen dem Wettbewerb ausgesetzt werden.“

nur dadurch, dass die Anbieter dem Wettbewerb ausgesetzt werden und alle Kostenreserven aufdecken müssen. Darüber hinaus sind die Freien Demokraten der Meinung, dass der Anreiz für eine umweltschonende Strompolitik am besten durch eine Aktivierung des europäischen Emissionshandels geschieht, der womöglich auf die Bereiche Verkehr, Wohnen und Schifffahrt ausgedehnt werden sollte. Schon heute zeigen die neuesten Ausschreibungen, dass Offshore-Windanlagen zu erheblich niedrigeren Preisen Strom produzieren und vermarkten können. Auch deshalb sollten die viel zu hohen Subventionen (bei Offshore für mindestens acht Jahre 19,4 Cent pro Kilowattstunde) schnellstmöglich beendet werden. ■

Eva Bulling-Schröter

Energie- und klimapolitische Sprecherin
der Bundestagsfraktion DIE LINKE



1 Der ökologische Umbau der Energieversorgung muss beschleunigt werden, dabei müssen die Kosten gerecht verteilt werden. Um die Belastung für private Haushalte und Mittelstand zu senken, müssen die Preistreiber der EEG-Umlage auf den Prüfstand: die unberechtigten Privilegien der Industrie müssen beendet werden. Hohe Anfangskosten sollten in einen Energiewendefonds ausgelagert werden. Und gleichzeitig ist die Stromversorgung auch für Menschen mit wenig Einkommen dauerhaft sicherzustellen. Die Netzentgelte, mittlerweile höher als die EEG-Umlage, gehören auf den Prüfstand. Wir brauchen hier eine transparente und bundesweit einheitliche Gestaltung und ein Ende der hohen Garantierenditen für Netzbetreiber.

2 Die EEG-Umlage wird voraussichtlich noch bis ins Jahr 2021 leicht ansteigen. Danach wird sie vermutlich gleich bleiben, später sinken. Wir sehen, dass durch die Ausschreibungen die Preise sinken, bis hin zum Extremgebot von null Cent Förderung bei Offshore. Wir beobachten diese Entwicklung skeptisch, weil Ausschreibungen in anderen Ländern längerfristig zu Marktkonzentration und steigenden Preisen geführt haben. Wenn

Ausschreibungen hier zunächst zu niedrigen Preisen führen, ist das gut für die Verbraucherinnen und Verbraucher, darf aber nicht auf der Basis von Dumpinglöhnen und Leiharbeit passieren. Deshalb sollte man den Zuschlag an gute Arbeit knüpfen. Wir setzen uns für Tarifarbeitsplätze in der erneuerbaren Energiewirtschaft ein. Das zahlt sich für alle aus.

3 Wir unterstützen einen steuerlich oder kreditfinanzierten Energiewendefonds, der Altlasten der Energiewende übernimmt und damit die EEG-Umlage entlastet. Wir wollen zudem die Stromsteuer herabsetzen. Als LINKE setzen wir bei der Reduktion von CO₂ eher auf Ordnungsrecht als auf Preise, zum Beispiel den gesetzlichen Kohleausstieg. Ökosteuern im Kraftstoff- und Energiebereich haben bislang kaum eine Lenkungswirkung gehabt. Man sollte fossile Kraft- und Brennstoffe angemessen mit Abgaben belegen, aber nicht versuchen, darüber eine Verkehrs- oder Wärmewende zu erreichen. Jedoch machen in Energiewirtschaft und Industrie CO₂-Mindestpreise, wie zum Beispiel im Sinne der gescheiterten Klimaabgabe, Sinn, weil sie zu einem CO₂-Management und zur Drosselung der noch in Betrieb befindlichen Kraftwerke führen. ■

*„Eine gute
Energiepolitik
verschiebt Kosten
nicht länger in die
Zukunft, wie dies
bei Atom- und
Kohlekraftnutzung
geschieht.“*

Dr. Julia Verlinden

Sprecherin für Energiepolitik
der Bundestagsfraktion Bündnis 90/
Die Grünen



1 Die Kostendebatte greift regelmäßig zu kurz. So werden Investitionen in erneuerbare Energien häufig allein als Kosten dargestellt, ohne den vielfältigen Nutzen dieser Investitionen in saubere Kraftwerke zu betrachten. Auch die hohen Folgekosten der bisherigen Energiewirtschaft werden gern außen vor gelassen. So lagen nach Berechnungen des Umweltbundesamtes die Umweltkosten allein bei der Stromerzeugung im Jahr 2014 bei 47 Milliarden Euro. Solche Kosten müssen bei der Betrachtung der Energiewende einbezogen werden. Bei der EEG-Um-

Dr. Hubertus Bardt

Geschäftsführer und Leiter Wissenschaft
des Instituts der deutschen
Wirtschaft Köln



„EINE REINE UMVERTEILUNG UND EIN VERSTECKEN DER KOSTEN“

lage muss es vor allem darum gehen, die Kosten gerechter zu verteilen. Es ist nicht gerecht, wenn immer mehr Industrieunternehmen von der Umlage befreit werden und stattdessen Privathaushalte, kleine Unternehmen und Händler die Zechen zahlen müssen. Die besondere Ausgleichsregelung sollte daher nur noch für Unternehmen gelten, die wirklich im internationalen Wettbewerb stehen und die bereits Effizienzmaßnahmen umgesetzt haben. Die verbleibenden Kosten, die für Industrierabatte anfallen, könnten dann über Steuern finanziert werden.

2 Die Preise für Windenergie an Land, auf See und Photovoltaik sind in den letzten Jahren bereits deutlich gefallen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird also immer günstiger. Neue Erneuerbare-Energien-Anlagen sind jetzt schon günstiger als neue Kohle-, Gas- und Atomkraftwerke. Eine gute Energiepolitik verschiebt Kosten nicht länger in die Zukunft, wie dies bei Atom- und Kohlekraftnutzung geschieht. Mit einer konsequenten Energiewende werden unsere Kinder und Enkel von der heutigen Politik profitieren und eine kostengünstige, umweltfreundliche und sichere Energieversorgung erhalten.

3 Ich bin eindeutig für eine angemessene CO₂-Bepreisung der fossilen Kraft- und Brennstoffe. Denn die negativen Auswirkungen auf Umwelt und Klima müssen sich stärker im Preis widerspiegeln. Hierzu müssen endlich drei Milliarden CO₂-Zertifikate aus dem Europäischen Emissionshandel genommen werden. Ich bin auch für eine Angleichung der CO₂-Bepreisung unabhängig vom Sektor und vom Brennstoff. Bisher werden beispielsweise Erdgas und Erdöl unterschiedlich bepreist. Allerdings sehe ich eine Finanzierung der EEG-Umlage aus diesen Einnahmen nicht als sinnvoll an, allein aus fiskalischen Gründen. Denn über die Verwendung von Steuereinnahmen entscheidet der Bundestag jährlich neu. Eine Festlegung über Jahrzehnte ist daher gar nicht möglich. ■

Die Kosten der Energiewende zeigen sich bei den Verbrauchern in privaten Haushalten und der Industrie vor allem in Form der EEG-Umlage. Seit Einführung des EEG ist diese von wenigen Zehntel-Cent auf fast sieben Cent je Kilowattstunde angestiegen. Damit ist sie für einen Haushalt zum Ärgernis geworden, für die großen Energieverbraucher zu einem veritablen Kostenfaktor, der sich als klarer Standortnachteil und Investitionsbremse entpuppen kann. Die Ausnahmen von der Umlage lösen diese Probleme nur teilweise: Zwar werden bestimmte stromintensive Unternehmen entlastet – aber die Unsicherheit über das Fortbestehen der Entlastungen ist für Investitionen auch nicht gerade förderlich.

Die Umlage ist auch deshalb so schnell gewachsen, weil niemand ein durchsetzbares und klares Interesse an Kostenbegrenzungen hatte. Die Förderkosten der erneuerbaren Energien wurden auf die Verbraucher umgelegt, die aber nicht für die Kosten verantwortlich waren. Die Betreiber von EE-Anlagen konnten investieren und plädierten eher für höhere Subventionen als für niedrigere. Und die Haushalter im Parlament waren nicht betroffen. Wären die Lasten der Subvention aus den öffentlichen Haushalten finanziert worden, hätte es einen wirksamen Kostendruck gegeben und die Belastungen wären sicher niedriger als heute.

Der größte Teil der EEG-Umlage wird heute durch bestehende Anlagen bestimmt, für die noch viele Jahre Subventionen fließen. Eine nennenswerte Entlastung für die Verbraucher ist nicht zu erwarten. Es geht aber darum, für neue Anlagen höhere Kosteneffizienz und einen niedrigeren Subventionsbedarf zu erreichen. Die marktwirtschaftlichen Ansätze im neuen EEG zeigen eine erste positive Wirkung. Wenn die neuen EE-Anlagen zukünftig aus den öffentlichen Haushalten finanziert würden, hätte man den notwendigen Kostendruck.

Eine zusätzliche Entlastung könnte es aber nur dann geben, wenn auch Bestandsanlagen mit in die staatliche Finanzierung übernommen würden, was aber zusätzliche Belastungen an anderer Stelle und unklare Verteilungswirkungen (beispielsweise durch höhere Steuern) mit sich bringen würde. Wenn stattdessen andere Energieträger willkürlich zur EEG-Finanzierung herangezogen werden, ist das eine reine Umverteilung und ein Verstecken der Kosten. Mit Kostenklarheit, Kostenverantwortung und einer funktionierenden Kostenbremse hätte das jedenfalls wenig zu tun. ■



Berlin dreht am falschen Hahn

TEXT Frank Burger

Das Bundeswirtschaftsministerium will seine Förderprogramme reformieren. Brennwertheizungen, die allein auf Öl und Gas basieren, sollen ab 2020 nicht mehr subventioniert werden. Ein verkehrtes Signal, sagen Experten.

Bis 2050 soll der Primärenergieverbrauch in Deutschland um die Hälfte gesenkt werden. Mitentscheidend ist dabei die Energieeffizienz, die die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode in den Fokus ihrer Energie- und Klimapolitik gerückt hat. Ein Element dieser Politik sind Beratungs- und Investitionsförderprogramme, für die bis zum Ende des Jahrzehnts immerhin 17 Milliarden Euro aus Bundesmitteln zur Verfügung stehen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) will die Programme nun „grundlegend reformieren“, um „die Schlagkraft dieser Instrumente signifikant zu erhöhen“ – so steht es in der Broschüre „Förderstrategie Energieeffizienz und Wärme aus erneuerbaren Energien“. Dabei will das BMWi bei allen Aktivitäten nach dem Prinzip vorgehen: „Je ambitionierter die Investition, desto attraktiver ist das Förderangebot.“

Bittere Pille für Sanierer

Die Förderung soll unbürokratischer und klarer strukturiert sein, indem die Förderbausteine modular und kombinierbar gestaltet werden. Neu ist außerdem der geplante sogenannte „One-Stop-Shop“ – er soll alle relevanten Informationen bündeln und Privatpersonen sowie Unternehmen Schritt für Schritt an die Hand nehmen, von der Erstinformation über das Energiesparen bis hin zur Umsetzung einer Fördermaßnahme. Vier Cluster soll die künftige Energieeffizienzförderung umfassen: Strom sparen in privaten Haushalten, energieeffiziente Gebäude, Energieeffizienz in Industrie und Gewerbe sowie Wärmeinfrastruktur.

In den Bereichen Gebäude sowie Industrie und Gewerbe soll die Förderung aus jeweils drei Modulen bestehen, die aufeinander aufbauen: **Am Anfang steht die Beratung, die nächste Stufe sind Einzelmaßnahmen wie beispielsweise der Austausch ineffizienter Produkte, Prozesse oder Komponenten, und schließlich folgen systemische Maßnahmen** wie etwa Effizienzhäuser oder umfassende Verbesserungen in Gewerbe, Handel oder Produktion.



„Ein effizientes fossiles Brennwertgerät ist immer noch deutlich besser als die vielen veralteten Standardkessel.“

Andreas Kuhlmann,
Vorsitzender der Geschäftsführung der
Deutschen Energie-Agentur (dena)

Es gibt aber auch eine bittere Pille: Die Austauschförderung für Heiztechniken, die ausschließlich auf fossilen Energieträgern basieren, läuft spätestens 2020 aus. Hybridsysteme auf Grundlage sowohl fossiler als auch erneuerbarer Energieträger werden dagegen weiter gefördert. Im Klartext: Eine hochmoderne Brennwertheizung kann trotz eines Nutzungsgrades von mehr als 98 Prozent noch so effizient sein – wenn sie nicht mit erneuerbaren Energien kombiniert wird, gibt es vom Staat kein Geld für die Anschaffung.

Brennwert bleibt empfehlenswert

Warum endet die Förderung so abrupt? Eine Antwort gibt Thorsten Herdan, Leiter der Abteilung „Energiepolitik – Wärme und Effizienz“ beim BMWi: **„Bis 2050 wollen wir einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand erreicht haben.** Dazu benötigt der Gebäudebereich mit seinen langen Investitionszyklen bereits jetzt ein klares Signal, dass Effizienz und erneuerbare Energien zusammengehören. Das heißt im Übrigen nicht, dass der Austausch eines alten Öl- oder Gaskessels gegen eine neue Brennwertheizung nicht empfehlenswert sein kann – aber eine Förderung aus Steuermitteln ist dafür zukünftig nicht mehr erforderlich.“

Manfred Greis, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Heizungsindustrie (BDH), sieht die Entscheidung kritisch. Der Förderstopp sei verfrüht und setze ein falsches politisches Signal.

Er konterkariere das Bestreben der Bundesregierung, die Potenziale des Wärmemarkts beschleunigt sowie kosteneffizient zu heben und damit die Energiewende zum Erfolg zu machen.

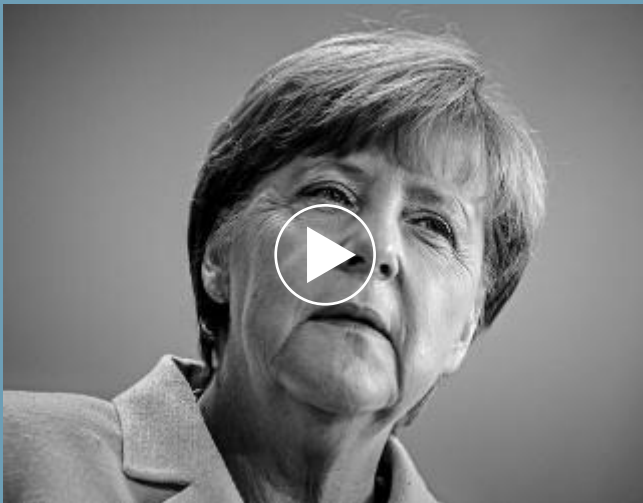
Förderstopp ist hinderlich

Ins gleiche Horn stößt Andreas Kuhlmann. „Es gibt im Wesentlichen zwei gute Gründe für Fördermaßnahmen“, sagt der Vorsitzende der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur (dena). „Erstens: Förderung kann Innovationen in die Breite tragen und gezielte Marktpulse setzen. Und sie kann erforderlich sein, um politische Ziele zu erreichen. Sie kann Menschen und Unternehmen aktivieren, einen Beitrag zur Erreichung unserer energie- und klimapolitischen Ziele zu leisten.“

Die kurzfristige Streichung der Förderung neuer Brennwertheizungen, die ohne erneuerbare Energien installiert werden, wird laut Kuhlmann eher hinderlich sein. **„Der Schritt hin zu einer Heizung mit erneuerbaren Energien ist kostspieliger“**, sagt er. „Daher ist es auch richtig, ambitioniertere Standards höher zu fördern. Aber ein effizientes fossiles Brennwertgerät ist immer noch deutlich besser als die vielen veralteten Standardkessel. Besser wäre es deshalb, die Förderung über einen längeren Zeitraum mit einer klaren Perspektive und eindeutig beschriebenen Schritten auslaufen zu lassen.“

„Wir müssen Rücksicht nehmen“

Im Video-Podcast auf [bundestag.de](https://www.bundestag.de/bundestag/bundestag-aktuell/bundestag-aktuell-2020-01-20) spricht Angela Merkel mit Handwerksmeister Guido Gentzsch über Zuschüsse für Heizungsanlagen. Dabei betont die Kanzlerin, dass sie Anreize Zwängen vorzieht. Die wichtigsten Aussagen und Reaktionen.



Bundestagskanzlerin Angela Merkel

„Es geht in der Tat im Zusammenhang mit der Energiewende auch um den Beitrag der Haushalte und hier ganz besonders auch um Heizungsanlagen.“

„Wir stehen ja immer vor der Frage: Machen wir sozusagen Anreize? ... Oder ob wir durch Ordnungsrecht vorschreiben, dass das gemacht werden muss.“

„Wir wollen Schritt für Schritt die alten Heizungsanlagen aus dem Markt nehmen, aber wir müssen natürlich auch Rücksicht nehmen auf diejenigen, die ihre Investitionen getätigt haben und vielleicht nicht in einer so guten materiellen Lage sind.“

„Wir gehen, wenn wir noch ein Stück Zeit haben – und wir wollen natürlich Richtung 2020, 2030 immer wieder deutliche Fortschritte machen, – aber wir gehen doch immer erst mal davon aus, Markt-anreize zu schaffen.“

„Natürlich ist das immer ein großes Ringen, wie scharf definiert man die Verordnungen, und die Energieeinsparverordnung ist richtigerweise verschärft worden.“

„Wo sind Altanlagen? 13 Millionen solcher Heizungsanlagen werden markiert, und wenn dann ein Blick auf mögliche Förderprogramme gesetzt wird, dann werden sich viele vielleicht doch auch entscheiden, dass sie eine Erneuerung vornehmen. Ich jedenfalls wünsche mir das.“



„Der Weg muss für jedermann offen sein“

Eine Energie- und Klimapolitik mit Augenmaß muss die Menschen mitnehmen. In erster Linie heißt das, dass die Ziele für jedermann einleuchtend sind, die Lastenverteilung fair und der Weg offen sein muss. Das schließt Zwang genauso wie die Festlegung auf bestimmte Technologien aus. Die Kanzlerin hat also vollkommen recht, wenn sie, statt Zwang auszuüben, Anreize schaffen und ausbauen möchte, damit Hauseigentümer Energie einsparen und verstärkt erneuerbare Energie nutzen. Sehr treffend ist auch ihr Hinweis auf die beschränkte finanzielle Leistungsfähigkeit der Hauseigentümer.

Der positive Anschein wird jedoch rasch getrübt, wenn man einen Blick in die niedergeschriebenen Pläne der Bundesregierung wirft: Der vor einigen Monaten vorgelegte Klimaschutzplan 2050 trägt nämlich sehr stark planwirtschaftliche Züge. Würde dieser Plan Regierungshandeln, würde bis in kleinste Details in das Leben der Menschen eingegriffen. In einer freiheitlichen Gesellschaft darf so etwas keinen Platz haben. Die neue Bundesregierung muss hier dringend nachbessern. —

Dr. Kai H. Warnecke,
Präsident Haus & Grund Deutschland



„Ordnungsrecht erzeugt Vermeidung“

Die Bundeskanzlerin betont die immense Bedeutung des Wärmemarktes für das Gelingen der Energiewende. Der BDH begrüßt dies, wurde doch die Energiewende lange Zeit als reine Stromwende gesehen. Auch verweist die Kanzlerin zu Recht auf den veralteten Anlagenbestand mit seinen hohen Energieeinspar- und CO₂-Minderungspotenzialen. Diese gilt es, schnellstmöglich zu heben. Die derzeitige Modernisierungsquote reicht jedoch bei weitem nicht aus, um die energiepolitischen Ziele zu erreichen. Sie muss spürbar gesteigert werden. Das angesprochene Altanlagenlabel ist ein wichtiger Baustein, um bei Betreibern von Altanlagen Problembewusstsein zu schaffen und sie zur energetischen Sanierung zu motivieren.

Insbesondere teilt der BDH die Auffassung, dass es vor allem einer attraktiven und technologieoffenen Politik der Anreize im Wärmemarkt bedarf. Versucht man, Eigentümer per Ordnungsrecht zu vorgegebenen Modernisierungsmaßnahmen zu zwingen, erzeugt man Vermeidungsstrategien und erntet Attentismus im Markt. Das hat das Beispiel Baden-Württemberg deutlich gemacht.

Daher bewertet der BDH die neue Förderstrategie des BMWi mit der geplanten Zusammenlegung von Teilen der KfW-Programme mit denen des Marktanzreizprogrammes (MAP) und die damit einhergehende Vereinfachung der Förderlandschaft grundsätzlich positiv (mehr dazu auf S. 18). Den für das Jahr 2020 geplanten Förderstopp für Brennwerttechnik hingegen sieht der BDH kritisch. Dieser ist verfrüht und setzt ein falsches politisches Signal. So konterkariert er das Bestreben der Bundesregierung, die Potenziale des Wärmemarktes beschleunigt sowie kosteneffizient zu heben und damit die Energiewende zum Erfolg zu machen. —

Manfred Greis,
Präsident des Bundesverbandes
der Deutschen Heizungsindustrie

BRITEN BRAUCHEN KEINE KOHLE



Erstmals seit dem 19. Jahrhundert ist Großbritannien einen ganzen Tag lang ohne Kohlestrom ausgekommen. Der Energieträger, der das Vereinigte Königreich im viktorianischen Zeitalter zur führenden Industrienation aufsteigen ließ, hatte am Freitag, den 21. April, plötzlich ausgedient. Nicht eine einzige Kilowattstunde floss aus den Kohlekraftwerken ins nationale Stromnetz, teilte der Übertragungsnetzbetreiber National Grid mit. Natürlich ohne dass es im ganzen Land finstern und kalt wurde. „Geht doch“, mögen nicht wenige denken. Schließlich deckten erneuerbare Energien sowie Gas- und Atomkraftwerke den Bedarf.

Genau da hat die Sache dann nach deutschen energiepolitischen Prämissen einen Haken: Ganz anders als die Bundesrepublik, die den einsamen Ausstieg aus der Atomenergie weiter vorantreibt, fördert die britische Regierung seit Jahren den Ausbau der Kernkraft. So stellt London unter anderem dem Stromkonzern EDF und dessen chinesischen Partner auf Jahrzehnte hinaus milliardenschwere Beihilfen für den Bau des neuen Meilers Hinkley Point in Aussicht. Außerdem erhalten Kraftwerksbetreiber Prämien für die Bereitschaft, auf Abruf einzuspringen. Falls Wind- und Solaranlagen zu bestimmten Zeitpunkten versagen. ■



IM WINTER BLEIBT DER STROMER STEHEN

Wer die Erneuerbaren einfach weiter ausbaut, setzt auf das Prinzip Hoffnung. So urteilte jüngst die „Neue Zürcher Zeitung“ über die deutsche Energiewende. Schließlich ist an eine Speicherung von Elektrizität in großem Stil längst nicht zu denken. Der langjährige Präsident des Münchner ifo Instituts, Professor Hans-Werner Sinn, hat einmal ausgerechnet, wie viele Pumpspeicherkraftwerke Deutschland bauen müsste, um einen jahreszeitlichen Ausgleich zu schaffen, wenn man auf Sonne und Wind setzt. Der Ökonom kommt auf 9.300 – eine enorme Menge im Vergleich mit den 35 Speicherseen, die hierzulande existieren. Stattdessen könnten auch Batterien von Elektroautos genutzt werden, zum Beispiel 125 Millionen Akkus von Tesla-Fahrzeugen oder 600 Millionen BMW-i3-Batterien, heißt es in dem Papier „Buffering Volatility: A Study on the Limits of Germany’s Energy Revolution“. Die Autos müssten in den Wintermonaten allerdings stehen bleiben, weil ihre Speicher dann geleert würden. ■

Steigender Absatz

BRENNWERT IMMER BELIEBTER

Deutschlands Ölheizter, die auf Brennwerttechnik setzen, sorgen weiterhin für ein prima Klima. Aus der jüngsten Statistik des Bundesverbands der Deutschen Heizungsindustrie (BDH) geht hervor: Rund 94 Prozent der 2016 in Deutschland verkauften Ölheizungen sind modernste Brennwertgeräte mit einem Nutzungsgrad von mehr als 98 Prozent. Im Vergleich mit dem Vorjahr ist das ein Absatzplus von zwölf Prozent. Ein Blick auf den Anteil der effizienten Brennwertkessel am Gesamtbestand zeigt, wie hoch das Potenzial ist, das in deutschen Kellern noch

schlummert: Von rund sechs Millionen in Deutschland installierten Heizölkesseln arbeiten lediglich etwa 600.000 mit Hightech-Innenleben und verzichten so auf eine bis zu 30-prozentige Energieeinsparung pro Jahr und Anlage. Überdies ist Öl-Brennwert die ideale Basis für den ergänzenden Einsatz erneuerbarer Energien. So lässt sich eine Solarheizung auch später zu einer sogenannten Hybridheizung nachrüsten, was den Verbrauch noch einmal um zusätzliche zehn Prozent senkt. ■

Sauberer Antrieb

FAHRER ERLEICHTERT: BUND

FÖRDERT INVESTITION IN AUTOGAS



Die Fahrer von einer halben Million Fahrzeugen mit Autogas-Antrieb können erst einmal aufatmen. Der Steuervorteil für die beliebteste Alternative zu Benzin- und Dieselmotoren bleibt bis 2022 erhalten. Allerdings wird die Begünstigung des umweltfreundlichen Kraftstoffs jedes Jahr um 20 Prozent abgeschmolzen, sodass ab 2023 der reguläre Steuersatz gezahlt werden muss. Eigentlich wollte das Finanzministerium mit dem Wegfall der Vorteile Privilegien für kleine Industriekraftwerke sowie Solaranlagen im Energiesteuerrecht mitfinanzieren. Dass die Rolle rückwärts eine

Rückkehr zur Vernunft ist, belegen folgende Fakten: Flüssiggas (LPG) verbrennt fast rückstandsfrei. Ein mit Autogas betriebenes Auto verursacht rund 21 Prozent weniger Kohlenstoffdioxid als Benziner. Mit LPG aus nachwachsenden Rohstoffen ist der Effekt sogar noch größer – die CO₂-Belastung sinkt um bis zu 50 Prozent. Hinzu kommt: LPG ist mit durchschnittlich 56 Cent (Stand bei Redaktionsschluss) deutlich günstiger als andere Kraftstoffe. Und: In Deutschland gibt es bereits rund 7.000 Tankstellen, in Europa 40.000. ■

UND DANN WAR DA NOCH

DER VERBRAUCHER



Wenn Winfried Kretschmann privat etwas macht, dann, was er für richtig hält. „Ich wohne auf dem Land, meine Frau muss weit zum Enkel fahren, ich habe auch einen Anhänger“, führte der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, bekanntlich ein Grüner, im Interview mit der „taz“ aus. „Neulich habe ich für meinen Enkel eine Tonne Sand geholt: Da brauche ich einfach ein gescheit's Auto.“ Welchen Antrieb Kretschmann, der Verbraucher, damit meint? „Ich bin ein Freund des Diesels. Ich habe mir sogar gerade selbst einen zugelegt“, sagte der Landsvater aus dem Ländle im Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“. Der Diesel sei aus Klimaschutzgründen, aber auch aus Gründen der Wertschöpfung eine sehr wichtige Übergangstechnologie. Letzteres klingt wieder mehr nach Kretschmann, dem Politiker. Aber nach einem, der eben mal schnell für seinen Enkel eine Tonne Sand holt. Mit einem gescheit'n Auto. Weil er nun mal macht, was er für richtig hält.

RESERVEN

216

MILLIARDEN TONNEN

betragen die weltweiten Ölreserven, und sie befinden sich damit weiterhin auf Rekordniveau. Das geht aus der „Energiestudie 2016“ der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) hervor. Die Zahl umfasst die mit heutiger Technologie wirtschaftlich gewinnbaren Erdölmengen. Hinzu kommen rund 456 Milliarden Tonnen Öl, die noch nicht wirtschaftlich förderbar sind. Die Versorgung mit Erdöl ist also dauerhaft sicher.

Braucht Thüringen ein Klimagesetz?

INTERVIEWS Björn Larsen

Der Freistaat will mit einem eigenen Gesetz übers Ziel der Bundesregierung hinausschießen. Grünen-Umweltministerin Anja Siegesmund schweigt trotz Anfrage. Dafür sprechen andere. *energie + Mittelstand* hat Politik und Wirtschaft getrennt voneinander befragt.



Roberto Kobelt,

umwelt- und energiepolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Thüringer Landtag



Stephan Fauth,

Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Wirtschaft Thüringens

Die Thüringer Landesregierung hat ein Klimagesetz auf den Weg gebracht. Ist ein solches Gesetz in Thüringen für den Klimaschutz überhaupt notwendig?

RK — Ja, denn auch in Thüringen sind die Folgen des Klimawandels bereits zu spüren. Immer weniger Schneetage in den Mittelgebirgen, häufiger auftretende extreme Hochwasserereignisse und längere Trockenperioden sind dafür ein sicheres Indiz. Deshalb fasst das Thüringer Klimagesetz auch Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels zusammen. Zudem unterstreicht das Klimaabkommen von Paris, dass weltweit die Mehrheit der Länder den Klimawandel anerkennt und sich gemeinsam dafür einsetzt, die Erderwärmung wirksam auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Aber da die Bundesregierung den Worten nicht ausreichend Taten folgen lässt, müssen jetzt die einzelnen Bundesländer zu Vorreitern werden.

SF — Nein, es ist überflüssig. Der Anteil Deutschlands am globalen Kohlendioxid liegt

bei 2,4 Prozent, der Thüringens bei 0,05 Prozent. Entsprechend gering sind die realen Möglichkeiten Thüringens. Wir brauchen ein bundes- und europaweit einheitliches System. Großzügige, unbürokratische Förderungen von Beratungs- und Baumaßnahmen wären sinnvoll und eine Stärkung des europäischen Emissionshandels.

Die im Klimagesetz festgelegten Emissionsminderungen von 60 bis 70 Prozent bis 2030 liegen deutlich über den bundesdeutschen Zielen von 55 Prozent. Muss Thüringen derart vorweggehen?

RK — In den neuen Ländern nimmt Thüringen mit einem eigenen Klimagesetz tatsächlich eine Vorreiterrolle ein. Aber bundesweit haben sich bereits einige Länder wie Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz vor Jahren auf den Weg gemacht. Der Freistaat steht also nicht allein da. Und gerade in einem Bundesland ohne Kohlekraftwerke lassen sich auf das Land bezogene Klimaziele noch schneller erreichen. Zudem unterstreicht die vorlie-

gende Bandbreite in den Zielvorgaben, dass Rahmenbedingungen flexibel sind.

SF ——— *Im Gegenteil. Thüringen hat durch den letzten Strukturwandel schon überdurchschnittlich viel Kohlendioxid eingespart. Geht man jetzt über die deutschen, ohnehin schon ambitionierteren Ziele hinaus, belastet man die Thüringer Wirtschaft überdurchschnittlich.*

Von 2030 an sollen alle Thüringer Gebäude ihren Wärme- und Kältebedarf zu mindestens 25 Prozent aus erneuerbaren Energien speisen. Wie sollen die Gebäudeeigentümer das praktisch umsetzen?

RK ——— Bei dem Mindestanteil erneuerbarer Energien von 25 Prozent für das Jahr 2030 handelt es sich um eine Soll-Regelung, aber: Mit Energie sparsam umzugehen, liegt im Interesse von Gebäudenutzern. Deshalb muss der Energiebedarf zum Heizen oder zum Kühlen weiter durch baulichen Wärmeschutz reduziert werden. Das gilt gleichermaßen für den Neubau wie den Bestand. Hinzu kommt, dass die Deckung des Wärmebedarfs durch hocheffiziente KWK-Anlagen als

„Jetzt müssen die einzelnen Bundesländer zu Vorreitern werden.“

Roberto Kobelt

Alternative anerkannt wird. Bei der notwendigen Wärmeversorgung stehen künftig Lösungen im Vordergrund, die ganze Quartiere in den Blick nehmen. So können auf geeigneten Dächern eines Wohn- oder Gewerbegebietes Solarstromanlagen erneuerbaren Strom für den gesamten Komplex liefern. Thüringen nimmt auch am Projekt „Solar District Heating“ teil, bei dem die Einführung einer solaren Nah- und Fernwärmeversorgung vorangetrieben wird.

Darüber hinaus gibt es mit Solar Invest in Thüringen ein Programm zur Einführung von Mieterstrommodellen und der Speicherung von Solarenergie.

SF ——— *Das Ganze ist überzogen. Von dem Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestandes wäre jede Betriebsstätte in Thüringen betroffen. Schon jetzt werden bei jeder Sanierung und jedem Neubau Energie und Wärme berücksichtigt, sofern es wirtschaftlich sinnvoll und innerhalb vernünftiger Fristen amortisierbar ist. Besonders in größeren Unternehmen sind Gebäudeenergiechecks, Energieaudits und komplette Umweltmanagementsysteme bereits Standard auch über gesetzliche Vorgaben hinaus. Im Gesetzesentwurf bleibt der Umfang von Maßnahmen, die von den Eigentümern zu leisten sind, ebenso vage wie die Unterstützung seitens der Landesregierung.*

Welche finanziellen Auswirkungen hätte das Gesetz?

RK ——— Das Ziel grüner Politik sind verbrauchsarme Gebäude, deren Energieverbrauch kostengünstig und umweltfreundlich ist. Das erfordert selbstverständlich Investitionen, die sich über einen gewissen Zeitraum rentieren. Mit den Rahmenbedingungen eines Klimagesetzes wird aber auch ein Horizont sichtbar, der ohnehin anstehenden Sanierungsschritten in den kommenden zehn bis 15 Jahren eine Orientierung gibt, und diese Orientierung heißt: schrittweiser Einstieg in die Energieversorgung von Gebäuden mit erneuerbaren Energien. Deutschland hat dazu mit einer starken Erneuerbaren-Energien-Branche und einer starken Handwerkschaft die besten Voraussetzungen.

SF ——— *Genau das zu beantworten, wäre Aufgabe des Gesetzgebers. Bis jetzt gibt es dazu keine klare Antwort. Kosten und Folgekosten werden nicht beziffert. Offenbar geht man davon aus, dass die Wirtschaft die Kosten schon stemmen wird. Sollte das gesetzlich festgeschrieben werden, bleibt auch keine andere Wahl. Das Geld fehlt dann an anderer Stelle. Zum Beispiel für Forschung und Entwicklung, Markterschließung oder Entgeltsteigerungen. Unabhängig davon wirken solche Regelungen abschreckend auf Investoren.*

Die Landesregierung plant ein regelmäßiges Monitoring einzelner Klima-

maßnahmen. Ist das für Unternehmen machbar?

RK ——— Für Thüringen ist ein regelmäßiges Monitoring vorgesehen, das die Umsetzung der eigenen Strategie alle fünf Jahre unter die Lupe nimmt. Das betrifft sowohl den Umbau des Energiesystems als auch die Anpassung an die Klimafolgen. Das Monitoring soll die allgemeinen Entwicklungen und Trends analysieren. Eine separate Erfassung von Unternehmensdaten ist bisher nicht vorgesehen.

„Wir brauchen ein bundes- und europaweit einheitliches System.“

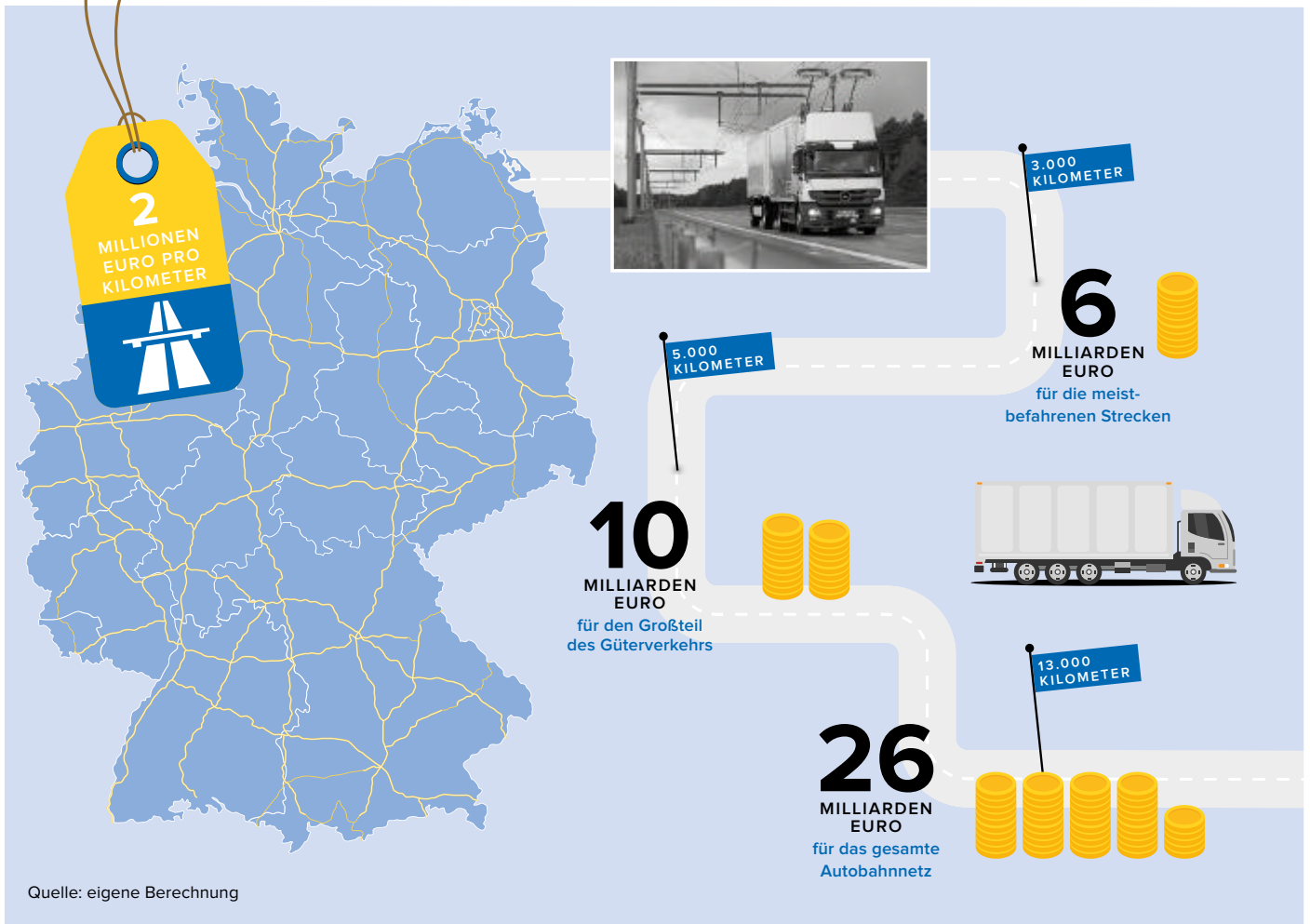
Stephan Fauth

SF ——— *Die Frage ist nicht, ob es machbar, sondern ob es sinnvoll ist. Und da lautet die Antwort ganz klar: nein. Es gibt bereits jetzt zahlreiche Meldepflichten nur für die Landesstatistik. Kleinere Betriebe müssen dafür oft ein bis zwei Personalstellen vorhalten, die in anderen, produktiveren Bereichen fehlen.*

Ein Monitoring klingt nach viel Bürokratie – vor allem für die kleinen und mittleren Unternehmen. Wie bewerten Sie diese Pläne?

RK ——— Es ist nicht davon auszugehen, dass jedes Unternehmen in das geplante Monitoring einbezogen wird. Das wäre in der Tat eine Überforderung sowohl der Unternehmen als auch des Monitoringprozesses. Ein wesentlicher Baustein ist die Einbeziehung des Thüringer Landesamtes für Statistik, das bereits heute Energiebilanzen für den Freistaat erstellt.

SF ——— *Wie schon gesagt, es ist nicht sinnvoll. Besonders ärgerlich ist, dass die regionale Wirtschaft erheblich belastet würde, ohne die bisherigen Anstrengungen und Investitionen in den Umwelt- und Klimaschutz ausreichend zu würdigen.* ■



SEK 0 — O-Lkw, wie teuer ist deine Technik

UMWELTMINISTERIN HENDRICKS WILL LASTWAGEN AN DIE LEINE LEGEN

20 — Lastwagen, die mit Strom aus einer Oberleitung fahren, sind die Zukunft. Das meint zumindest Bundesumweltministerin Barbara Hendricks. Die SPD-Politikerin hat erst kürzlich die Teststrecke im brandenburgischen Dölln besucht, den sogenannten eHighway. Das Projekt ist europaweit fast einzigartig – wir sprechen schließlich von der deutschen Energiewende. Nicht minder ambitioniert sagt die Ministerin: Das könne als Teil einer Verkehrswende funktionieren. Und was soll dieser Konjunktiv kosten? Erst mal sechs Milliarden Euro, rechnet sie vor. Für eine Million Euro gibt es einen Kilometer pro Fahrtrichtung. Zunächst sollen 3.000 Kilometer ausgerüstet werden, und zwar die meistfrequentierten Autobahnabschnitte. Experten melden schon mal, dass 5.000 Kilometer reichen, um den Großteil des Güterverkehrs zu erfassen. Macht zehn Milliarden, ohne Überraschungen. Das deutsche Autobahnnetz ist übrigens rund 13.000 Kilometer lang. Dann wären wir, um im Konjunktiv zu bleiben, bei 26 Milliarden Euro. Und über die

60 — nötige Technik am O-Lkw haben wir da noch gar nicht gesprochen. —



initiative
autogas

Wir stehen für Autogas

UNITI, MWV UND DVFG

Erfolgreiche Energiewende

nur mit freier Wahl der Heizungstechnik!



Moderne, dezentrale Heizungs-, Ofen- und Schornsteinsysteme sind unter Einbindung erneuerbarer Energien mit hohen Wirkungsgraden äußerst effizient und bieten neben Wohnkomfort und Behaglichkeit ein hohes Maß an Flexibilität sowie Unabhängigkeit.

Individuell geplant, sind sie die verbraucherorientierte Alternative zu monopolistisch geprägten Nah- und Fernwärmenetzen mit Anschluss- und Benutzungszwängen sowie Verbrennungsverboten.

Freie Wärme
Unabhängig, individuell und umweltfreundlich heizen!

Kontakt für weitere Informationen und Services: **Allianz Freie Wärme**
www.freie-waerme.de | info@freie-waerme.de | twitter: @FreieWaerme

UNITI – Der Mineralölmittelstand

Wir repräsentieren und versorgen in Deutschland*



fast
75 Prozent
... der freien Tankstellen,



50 Prozent
... des Schmierstoffmarktes,



täglich
4,5 Millionen
... Kunden an ihren Tankstellen,



über
40 Prozent
... des Tankstellenmarktes,



42 Prozent
... des Marktes
für Autogas,



20 Millionen
... Menschen mit Wärme,



80 Prozent



... des Marktes für Flüssige
und Feste Brennstoffe.

* Alle Angaben sind Circa-Angaben (Stand Februar 2017)



Der Mineralölmittelstand
im Portrait

Energie bewegt uns



UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V. · Jägerstraße 6 · 10117 Berlin
T. (030) 755 414-300 · F. (030) 755 414-366 · info@uniti.de · www.uniti.de